

Der Trend geht zum Büro ohne Zigaretten - doch die Durchsetzung ist nicht immer leicht

Aktion rauchfreies Rathaus

Von Jens Blankennagel

20.10.04

POTSDAM. Nichtraucher-AktivistInnen sehen Nachholbedarf, weil in vielen öffentlichen Verwaltungen noch geraucht werden darf. So gilt etwa in den Berliner Verwaltungen kein generelles Rauchverbot. Doch in Potsdam ist ein solches bereits am 31. März von den Stadtverordneten beschlossen worden.

Fast 2 000 Mitarbeitern sollte es damit untersagt werden, in den Dienstgebäuden zu rauchen, selbst wenn ein Raucher allein in seinem Büro sitzt. Kein freiwilliger Verzicht. Doch auch sieben Monate nach dem Beschluss ist er noch nicht umgesetzt. "Die politische Entscheidung ist das eine", sagt Verwaltungssprecherin Regine Thielemann. "Die Umsetzung das andere." Doch die notwendige Dienstvereinbarung mit dem Personalrat kam nicht zu Stande. "Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, gegen die Beschäftigten vorzugehen", sagt Personalratschef Frank Ketzel. Es sei nicht klar, mit welchen Sanktionen das Verbot durchgesetzt werden soll. "Das Verbot würde auch für die Besucher gelten und ist etwa im Sozialamt schwer vermittelbar."

Da kein freiwilliger Verzicht erzielt wurde, soll das rauchfreie Rathaus nun ab 1. Januar per Dienstanweisung durchgesetzt werden. Andere große Brandenburger Städte sind da schon weiter. "Bei uns herrscht seit dem 19. Mai 2003 absolutes Rauchverbot", sagt Norbert Plaul, Sprecher von Brandenburg/Havel. In der Verfügung heißt es: "Rauchen ist in allen Räumen der Stadtverwaltung, in denen sich Personen aufhalten, grundsätzlich nicht gestattet." Für die Raucher unter den 800 Mitarbeitern gibt es Raucherräume. "Sanktionen sind nicht vorgesehen, aber es klappt", sagt Plaul. Gleiches gilt seit Mai in Frankfurt (Oder).

In Cottbus gilt kein Verbot. "Aber es gibt nur noch so wenige Raucher, dass ein Verbot eigentlich nicht mehr nötig ist", sagt Sprecher Peter Lewandrowski. Nach Recherchen der Berliner Zeitung haben sich auch acht der 14 Landkreise für Gesundheit per Erlass entschieden.

Das freut den bekennenden Nichtraucher Hans-Jürgen Scharfenberg, der mit dem Verbotsantrag seiner PDS-Fraktion in Potsdam eine Mehrheit fand. "Öffentliche Verwaltungen sollten Vorbild sein, da sie sehr publikumsintensiv sind", sagt er. Verbote im Namen der Gesundheit passten voll in die Zeit. Er hofft, dass der Beschluss in Potsdam endlich durchgesetzt wird. Nun hat Scharfenberg ein neues Ziel. Er zog bei der Landtagswahl auch in den Landtag ein und kündigte bereits an, sich dort für ein Rauchverbot zu engagieren. Auch in den Ministerien könne er sich dies vorstellen.

"Es geht aber nicht um demonstrative Erlasse, sondern darum, dass sich die Leute auch daran halten und Nichtrauchen in öffentlichen Einrichtungen zum Normalfall wird." Da das Einstiegsalter bei Rauchern sinkt, setzt das Bildungsministerium vor allem auf Gesundheitsaufklärung. "Zwar haben sich nur drei Schulen offiziell als rauchfrei zertifizieren

lassen", sagt Ministeriumssprecher Thomas Hainz. Aber 15 bereiten sich darauf vor. Laut Schulgesetz gilt an Schulen Rauchverbot.

Ausnahmen sind an weiterführenden Schulen möglich, wenn sich Eltern, Lehrer und Schüler auf Raucherinseln einigen. "Doch Verbote wie an Schulen in Berlin zeigen auch, dass das Problem oft nur verlagert wird, vom Schulhof auf die Straße", sagt er. Im Schuljahr 2003/04 beteiligten sich 148 Klassen in Brandenburg am Nichtraucherwettbewerb "Be smart, don't start". "91 Klassen hielten bis zum Ende durch", teilte das Gesundheitsministerium mit.

Zudem startete im Mai das Landesprogramm "Brandenburg rauchfrei" zum Schutz von Nichtrauchern in Betrieben, Vereinen und Schulen. Nichtrauch-Aktivisten reicht das noch nicht aus. Sie sind für Verhältnisse wie in den USA, Irland oder Norwegen, wo Rauchen selbst in Restaurants verboten ist.

"Bei uns in Berlin und Brandenburg wäre es schon ein wichtiger Schritt, wenn in allen Krankenhäusern endlich ein generelles Rauchverbot eingeführt wird", sagt Johannes Spatz vom Forum Rauchfreies Berlin.